

schließen, die Schlichter aber anzuweisen, möglichst kurze Fristen für Tarifverträge festzusetzen.

Indem man den Gewerkschaften noch weitere Existenzmöglichkeiten. Man weiß, daß der Dank der Bonzen nicht ausbleiben wird: „Dienst um Dienst“.

Um den dummen Proleten Sand in die Augen zu streuen, mimen die Bonzen Entrüstung über die neue Not, die verordnet wird. Sie tun sogar so, als ob sie protestartig den Wirtschaftsbeirat verlassen hätten. Demgegenüber weist die bürgerliche Presse nach, daß alles in Frieden und Eintracht beisammen war. Und die „Erklärung der Gewerkschaftsvertreter“ ist nicht dort (im Wirtschaftsbeirat) abzugeben worden, sondern im „Vorwärts“ gedruckt; für die dummgläubigen Mitglieder.

Der „Vorwärts“ entrüstet sich und bezeichnet eine neue Aktion zur Senkung der Reallohne als Sinnlosigkeit und Barbarei. Die „Börsen-Zeitung“ belehrt ihn: „noch immer habe man es nicht begriffen, daß es sich in erster Linie darum handelt, durch Senkung der Gestehungskosten, die Spanne zwischen Kosten und Erlös zu erweitern und so der Wirtschaft wieder zur Rentabilität zu verhelfen“.

Da haben wir es deutlich genug: Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktion ist Rentabilität und Profit. Für die Gegenwart und Zukunft ist die Erzielung der „Rentabilität“ nur noch möglich durch Senkung der Gestehungskosten oder Löhne.

Es ist der alte Leierton der kapitalistischen Weisheit; das A und O kapitalistischer Produktion — auch wenn dieser Weg in „Sinnlosigkeit“ und „Barbarei“ führt. — Merkt euch das, ihr Herren vom „Vorwärts“!

Nun führt aber bekanntlich jedes Senken der Löhne zur Verringerung der Kaufkraft, zur Steigerung des Absatzmangels, zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes und infolge dessen zur Notwendigkeit für die Kapitalisten — die Löhne weiter zu senken.

Klar liegt die Entscheidung vor der Arbeiterklasse:

Aufstieg zum Kommunismus
oder:
Untergang in die Barbarei!

Gewerkschaftsvertreter in Wirtschaftsämtern; — sie können wohl dem Kapital Fingerzeige zur Vermeidung anstößiger Ecken und Kanten geben; (Man nennt das „Handlungen an verhängnisvoller, beunruhigender Bedeutung; Radikalisierung der Massen“ usw.).

Parteien und Gewerkschaften; — sie können ihn wohl verlangsamen, aber nicht aufhalten: den Untergang in die Barbarei. —

Will das Proletariat aber den anderen Weg gehen, den Weg zum Kommunismus, muß es Parteien und Gewerkschaften den Rücken kehren; muß in Betrieben, auf Wohlfahrtsämtern und an Arbeitsnachweisen die proletarische Revolution organisieren.

Proletariat! — Ihr werdet gefoppt und genarrt!

Man denke zurück an die Kriegsjahre. — Auf dem Altar des Profits wurden Millionen von Proletariern hingeschlachtet. Proletariat „in der Blüte der Jahre, in der Fülle der Kraft“. Und in der Heimat hungerten Frauen und Kinder, verhungerten Witwen und Waisen.

Man erinnere sich aber auch der Zeitungen in dieser Mordezeit. Fieberhaft arbeitete diese Jahre der raffinierte Presse-Apparat. Seine Aufgabe bestand darin, die „Helden“-Stimmung unter erforderlichem Hochdruck zu halten. Dazu gehörten Lügen von

Hier abtrennen

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich 1929
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau, Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931

Bezugsgehalt ist von mir zu erheben.

Name _____ Ort u. Zustellungsapostamt _____

Straße u. Hausnummer _____

Brunnenvergiftungen und Kosakenkreuzen, von Goldautos und Fliegerüberfällen. Dazu brauchte man Meldungen über „neue Siege“, über den erfolgreichen U-Boot-Krieg und Heldenstücke der „Emden“. Jede neue Kriegsanleihe war „der letzte Hieb“.

Für den von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag wachsenden Hunger des Proletariats hatte man ein besonders warmes Herz. Nicht nur blödsinnige Utopien, etwa der Art, daß deutsche U-Boote Lebensmittel von Amerika herüberbringen werden. Unter der Leitung von prominenten Wissenschaftlern schiederte das Kriegsernährungsamt Tag für Tag Millionen von Flugschriften heraus. Mit Rezepten für die Kriegsküche; mit Beweisen, daß Holz ebenso nährt wie Korn, und daß ausgiebiges Fauchen besser ist als vieles Essen. Daß man erst nach langen Jahren zum Bewußtsein der beleidigenden Lächerlichkeit und ekelhaften Gemeinheit all dieser Berühmtheits-Methoden kam. — Das ist das Werk der Presse; der Presse von „Vorwärts“ bis zum „Lokalanzeiger“.

In der Etappe lebten Generale und Offiziere in Wohlstand und Schwelgerei. Einen kleinen Einblick in eine „Etappe“ des Kapitalismus gewährt der Sklarek-Prözeß. Die Bürgermeister und Stadträte (auch die Mitglieder der KPD) sollten hunderte von Flaschen Sekt und fraßen die Austern schockweise — zynisch erzählten es die Sklareks vor Gericht — während die Proletarier vor Hunger verreckten.

Die Kriegszeitungen beruhigten und beschwichtigten auch die Zeitungen der Gewerkschaften und Arbeiter-Parteien. — Heute ist dasselbe der Fall. Ist eine Wirtschafts-Konferenz ergebnislos verlaufen, beginnt man Hoffnungen auf die nächste zu machen. Hoover-Plan und Weihnachts-Sammlung, — es sind alles Mittel, dem Proletariat Hoffnungen zu erwecken, von der einzigen Lösung der Krise abzulenken:

der proletarischen Revolution!

Würdig reißt sich fast die gesamte „Arbeiter“-Presse in diese Verdummungsarbeit ein. Die Zeitungen der Sozialdemokraten taseln von „vorübergehender Wirtschaftskrise“.

Die Presse Moskauer gibt die Schuld dem Versailler Friedensvertrag, dem Verrat der Sozialfaschisten und der Böswilligkeit der Kapitalisten.

In der Zeit des Völkermordens wies „Spartakus“ allein den einzig gangbaren Weg aus Tod und Hunger. Spartakus handelt nicht um größere Wochen-Portionen, forderte nicht Bestrafung der prassenden Kriegsgewinner und richtete nicht an die Militär-Kameralisten Resolutionen, um baldige Beendigung des Krieges. Spartakus propagierte den Arbeiter- und Soldatenmassen; in ihrer Hand liegt es, den Krieg sofort zu beenden, indem ihr eure Waffen gegen die Mächtigen von heute richtet!

Spartakus ist auch heute das Gewissen und der Wegweiser der proletarischen Revolution.

Immer und unermüdlich rufft er die Arbeiterklasse zu: wolt ihr nicht in Elend und Hunger untergehen, so organisiert die proletarische Revolution.

Gewerkschaftsführer als Beisitzer im Lohnabbau- komitee der Schwerindustrie

In Nr. 22 des „Spartakus“ wiesen wir bereits darauf hin, daß der Wirtschaftsbeirat in seinen Ausschüssen zu weiter keinem positiven Schluß kommen könnte, als zu der Beschlußfassung einer neuen Lohnabbau-offensive.

Die Ausschüsse haben getagt, der Wirtschaftsbeirat, die Dreieinigkeits-Gewerkschaftsböden, Schlotbarone und Reichsregierung sind sich darin einig geworden, was wir bereits vor vier Wochen andeuteten. Die Tagungen der Ausschüsse, außer des Ausschusses für Lohnsenkungen, waren überflüssig. Sie haben zwar Programme aufgestellt, Programme, die im kapitalistischen System nicht gelöst werden können, bei deren Durchsicht jedem Einsichtigen klar wird, daß der Lohnabbau durch noch andere Mittel schmackhaft gemacht werden soll.

Ist man sich klar darüber geworden, daß die Löhne und Gehälter radikal abgebaut werden müssen, so hat man bei der Preisbildung sich den Weg offen gelassen. Ja, die Landwirtschaft, die jährlich Milliarden aus den Knochen der Proleten auspreßt, die ständig dafür sorgt, daß sie genügend aus dem großen Reichsäckel heraushehlen kann, sie hat von vornherein darauf hingewiesen, daß ihre Preise in weiterem Ausmaß unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Wie ein Hohn auf die Preissenkung spricht die Erhöhung der Umsatzsteuer. Dieses spricht deutlich genug für Preiserhöhungen.

Und dann folgt eine lange Reihe von frommen Wünschen, die man von vornherein ad acta legen kann. Im Mittelpunkt all dieser Fragen steht das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft. Jawohl, zur deut-

schen Wirtschaft, die täglich 15000 Proleten auf das demokratische Pfaster wirft, zur deutschen Wirtschaft, die Milliarden verpulvert, ganz gleich, ob Industrie oder Landwirtschaft, zur deutschen Wirtschaft, die auf der Privateigentumsordnung beruht und durch der ihr einwohnenden Gesetzmäßigkeit, d. h. durch einen weiteren Abbau ihrer Werte kein Vertrauen, sondern ein größeres Mißtrauen, und nicht nur im Ausland, sondern auch bei den Proletariern erweckt.

Senkung der Zinssätze, Abbau der Mieten, Abbau der Tarife, ach wie schön das alles klingt. Senkung der Zinssätze — sie wird umschlagen in Erhöhung der Diskonssätze; Herabsetzung der öffentlichen Tarife — lächerlich! Beim weiteren Sinken der Produktionsmasse, bei weiterer Arbeitslosigkeit tritt eine Verfeuerung der Selbstkosten ein. Herabsetzung der Mieten? Durch Zwangswirtschaft? Nein, durch Abbau der Wohnungswirtschaft. Ja, hier punkt der Wirtschaftsbeirat Dialektik. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft heißt bei Wohnungsmangel: Erhöhung der Mieten. Sie schreien von Senkung! Senkung! Senkung! und die Folge davon sind Erhöhungen! Erhöhungen! Erhöhungen! Nur eins wird gesenkt: die Löhne! Um dieses Geld unterzubringen, hat man an die notleidende Landwirtschaft gedacht. Die Sicherung der Ernte im Ostholstein bedarf einer besonderen Sorgfalt. Bei den Arbeitern wird abgebaut — die Krautbarone bekommen Millionen, das ist der tiefere Sinn des Wirtschaftsbeirates. Im Kampf gegen die bis zum Weißbluten ausgepowerten Proletarier sind sich Bonzen und Unternehmer einig. Wenn auch im Wirtschaftsbeirat keine volle Einigkeit herrschte, so ändert das nichts an seiner Grundtendenz. Verliehen die Vertreter der rheinischen Landwirtschaft die Sitzung, so nicht deshalb, weil den Proleten der Hungerriemen nicht genug gezogen wurde, sondern weil sie sich über die Verteilung der Millionen nicht einig werden konnten.

Den Herren Gewerkschaftsböden blieb alles ganz gleichgültig; denn sie waren nur als Statisten dort. Wagt auch nur einer einen kleinen Einspruch (40-Stunden-Woche) so blieb es auch nur hierbei. Der Wirtschaftsbeirat ist sich einig. Sein Programm lautet Lohnabbau! Lohnabbau! Lohnabbau! Was sich hier abgespielt hat, kann nicht anders bezeichnet werden als:

Der große Betrug.

Die Genossen der Allgemeinen Arbeiter-Union ersuchen uns folgendes

Verbot

Der Polizeipräsident Berlin, den 24. November 1931

Auf Grund der §§ 1 Nr. 1 und 2 und 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 24. März 1931 (RGBl. S. 79) sowie des § 2 Absatz 1 der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931

verbiete ich die in Berlin erscheinende periodische Zeitschrift „Der Kampf“ einschließlich der Kopfbilder mit sofortiger Wirkung bis zum

24. Februar 1932.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich, zur Beschleunigung der Angelegenheit die Beschwerde in 5-facher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

Die Nr. 29 des Jahrgang 12 (November 1931) der Zeitschrift „Der Kampf“ enthält im letzten Absatz des Artikels „Mit Kerker und Kugel“ eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung von Mitgliedern der Reichsregierung (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 a.a.O.) Weiter wird in der Aufforderung zum ungesetzlichen Kampfe, Massenstreik, Generalaufruf mit dem Ziel der Rätediktatur ein Vorstoß gegen § 86 des StrGB. erblickt und durch die Verbreitung der Zeitschrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Das Verbot gemäß § 12 Absatz 2 a.a.O. ist hiernach gerechtfertigt.

Die Prüfung der Angelegenheit ergab, daß der erstrebte Zweck durch eine Verwarnung oder amtliche Entgegung nicht erreicht werden kann.

gez. Grzesinski.

Gelesene Nummern des Spartakus
wegwerfen, heißt, dem Klassenbruder wertvolles Erkenntnismaterial unterschlagen!

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 1 * 7. Jahrgang

12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3.

Erste Januar-Nr. 1932

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postscheckkonto Dresden Nr. 32722

Ein Jahr Notverordnungen

1931 ist mit Hilfe des von Brüning notverordneten Weihnachtsfriedens zu Ende gegangen. Aller Jahrmärkte-Trubel, der die Jahre vorher die Krisen überschatteten sollte, hat dieses Jahr zu Weißwägen und zu Silvesternicht einmal schwach aufblitzen können. Die Barbarei-Erscheinungen, die endlose, die Kaukrat der breiten Massen zersetzende Krise, das gewaltige Anwachsen des Hungerheeres, die Angst des süßen Bürgerums vor den Hungernden und Friedlosen — — — aber leider noch nicht revolutionäre Massen — — — die revolutionärschwangere Zukunft haben keinen Hoffnungsstrahl durchschimmern lassen.

Der Niederschlag auf die Jahre der Konjunktur, die künstlich, durch neborges Geld aus dem Ausland gemacht wurde, hält vorläufig noch an. Wir haben in den Jahren 1924—1929 immer darauf hingewiesen, daß diese Scheinkonjunktur keine Lebenskraft in den nationalen Kapitalgruppen vermittelte Rationalisierung der Betriebe, konkurrenzfähiger zu sein, um den Weltmarkt zu erobern, ein sinnloses Beginnen sei.

Je schneller der Kapitalismus seinem Untergang entgegengeht, um so grausamer sind die Auswirkungen der Krise. Wir müssen über den Pöppel der kapitalistischen Verschwendungs- und Großmannsicht hinwegsehen, um das wahre Gesicht der herrschenden Klasse erkennen zu können. Die Prachtbauten von Verwaltungsstellen, die Errichtung technisch moderner Industrieanlagen, das mörderisch laufende Band und die Stoppuhr — sie kennzeichnen, daß aus dem Kullleben der deutschen Millionen, ja Milliarden herauszuwachsen sind. Die einstige Arbeitshierarchie, der Fabrikprolet, hat in kürzester Zeit unermesslichen für den Abbau einer verrottenen Wirtschaft geleistet. Mit seiner ganzen Kraft hat er sich eingesetzt, um die Wirtschaft anzukurbeln, um mit der Sozialdemokratie den bankrotten Kapitalismus wieder aufzubauen, und er sieht heute, daß sein Abbau die Gesetzmäßigkeit in sich trug, eine neue, eine größere Krise vorzubereiten.

Ein Rückblick auf das Jahr 1931 zeigt uns ein Jahr der Reaktion. Notverordnungen über Notverordnungen haben das Proletariat immer mehr geknebelt und geknechtet. Es war ein Jahr des verfallenen und unausgesprochenen Belagerungszustandes. Die Bourgeoisie weiß, daß, wenn das Proletariat, wenn die revolutionären Arbeiterorganisationen zur Illegalität verdammt sind, daß dann die Propaganda für das Klassenbewußtsein mit dem Fortschreiten der Krise nicht Gleichschritt hält. Umso mehr kann aber unter der demokratischen Regierungsohne die Konterrevolution Fuß fassen.

Wenn auch die verzweifelte Konterrevolution von dem Sturmwind der Krise hin- und hergeschleudert wird und ökonomisch die Krise nicht zu bannen vermag, so ist sie doch eine politische Bewegung, deren Aktivität durch die Unterstützung sämtlicher Staatsorgane noch gefördert wird. Dadurch, daß der Kapitalismus die ungesetzlichen Handlungen der Nazi — immer gegen das Proletariat gerichtet waren — nicht sühnte, hatte die Programmschaltung gegen den Marxismus freien Lauf, und wurde die reaktionärste der nationalen Phrasen, Programm der geschichtlich zum Untergang verdamnten Schichten. Diese Bewegung kam der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse sehr gelegen, da die Klassenkämpfe — wenn auch latent — sich sehr zugespitzt hatten. Aus diesem Grunde hat die Klassenjustiz noch nie so offen ihren Klassencharakter enthüllt als im Jahre 1931. Die Freisprüche oder die sehr geringen Strafen der angeklagten hitlerischen Mordbanditen gab zu erkennen,

daß es für die Bourgeoisie nur einen Hauptfeind gibt, den Kommunismus. Nie — nie — durfte deshalb gegen die Hitlererben ein hartes Urteil gefällt werden, es hätte die Einheitsfront gegen den Kommunismus trüben können.

Alle Versuche, den Profit weiterhin zu sichern, waren vergebens. Das Gleichgewicht der Produktion und Konsumtion wird auf höherer Stufenleiter der Rationalisierung immer häufiger gestört. Es waren nicht nur 5 Millionen Erwerbslose, die die Friedlosigkeit der Produktion störten, es waren die über-sättigten Lager, die aufgeschichtete Ueberproduktion, die trotz langanhaltender Einschränkung der Produktion sich nicht leerten. —

Die Löhne waren im Vergleich zu der Herstellung der Waren derart tief gesunken, daß selbst bei größtem Luxus der Bourgeoisie die Kaukrat zu gering blieb, um die Lagerbestände aufzuzehren.

Die Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Proletariat verschärften sich bei der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise zusehends. Die nationale Reaktion, der Ruf des „Deutschland erwache“ wirkte bei der internationalen Wirtschaftsverflechtung lächerlich. Je mehr die Worte geröhrt wurden und der Singsang „Juda verrecke“ und „Nieder mit dem Youngplan“ die Hirne der Proleten von wirklichen Klassenkampf abblenden sollten, umso mehr schlossen sich die Fabriklore, sank der Lohn, ging die Pleite durch das Land, wuchs das Arbeitslosenheer. Die Aktivität dieser entworfenen Kleinbürgerschichten konnte störungsgesetzlich die immanente Zerkämpfung. Sie konnte sich nur in bestialischer Art und Weise auf dem Kurstordstamm gegen einzelne Juden austoben.

Der richtungs- und ziellose Kampf war nicht nur bei den Massen, sondern besonders bei der Führung der nationalen Opposition die Politik des Tages. Da sie keine Klassenpolitik zu verteidigen hatte, und ihre Bewegung die der Trommler und nicht der Führer war, mußte die Führung eine größen-schächten, trotz der Braunschweiger Mordtaten, trotzdem die Naziregierung die Nebenregierung in Deutschland ist, eigene Flugzeugparks besitzt, und mit ihren diplomatischen Corps Außenpolitik betreibt, ist und bleibt diese Bewegung eine Bewegung der Systemlosigkeit. Zwar kneit die Führung, will sie es nicht wahr haben, daß ihr Wissen und Wollen Traumbilder sind. In seinen Gekrakeln richtet Hitler ein langatmiges „Offenes Schreiben“ an Brüning, welches vorher von seinen Geldgebern, den Schwerindustriellen Thyssen und Glöckner, zensiert worden ist. Nicht nur Frau Quantz geb. Friedländer, eine Dame der jüdischen Hochfinanz, und Herr Hitler wettete gegen das kapitalistische Frankreich in dem Augenblick der Umzugsbestrebungen der deutschen und französischen Schwerindustrie — trotzdem bei diesen Verhandlungen die Schlotbarone von Ruhr und Rhein als politische Sicherheit auf die Hitlerbewegung hinwies. Diese Verwirrtheit liegt nicht nur in der Hitlerpartei, es ist das untergehende kapitalistische Deutschland, das hier spricht.

Brüning verstand es immer wieder, trotz der scharf einschneidenden Notverordnung durch diesen Verhandlungen zu sichern. Der leiseste Protest der Sozialdemokratie wurde von Brüning mit dem Lieblingsspruch der Nationalsozialisten und eine evtl. Koalition Brüning—Groener—Hitler beantwortet. Die Sozialdemokratie kniff und tolerierte weiter. Ihre enge Ver-

bundenheit mit dem Kapitalismus hat sie schon bitter bezahlen müssen. Trotz der Danat- und Dresdner Bank-Kräche, trotz der Skandale Favag, Lahusen usw. trotzdem jeden Tag die kapitalistische System, unterstützt sie den Siegeszug Hitlers, der nicht nur mit Notverordnungen, sondern mit Blutverordnungen das Proletariat in diesem Jahre an die Kandare nehmen wird.

Freilich ist die Front Hitler—Breitscheid seit 1918 der Sturm- und Stoßtrupp des heutigen Systems. Einig sind sie in dem nationalen Kampf gegen die Reparationslasten. Schon immer rannten sie mit der nationalen Phrase gegen die Internationale des Proletariats an. Sie blieben nicht allein. Die KPD, die Sektion der III. Internationale, „die einzigste Arbeiterpartei“, sie hat trotz der Weltkrise, trotzdem sie weiß, daß außer den 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland, in Amerika 8—10 Millionen, in Frankreich fast 3 Millionen und daß es in England ebenfalls 3 Millionen Erwerbslose gibt — trotzdem sie weiß, daß die Siegerstaaten ohne Reparationszahlungen ebenso gewagt von der Krise geschüttelt werden wie die Schuldnerländer, an ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ festgehalten. Ja, sie hat dem Proletariat weiterhin die nationale und kapitalistische Ideologie durch ihr Pressegilt eingeimpft. Sie schuf ein Arbeiterschulungsprogramm von echt staatskapitalistischem Geist. Sie schuf ein Bauernhilfsprogramm, sie preist sich als die einzigste Partei an, die den Kleinbauern helfen könne. Beides nicht dadurch, daß sie Landstrecker zur Kommune, zum Gemeineigentum macht, sie bedient sich der von Lenin im Jahre 1917 nach der Machtergreifung revidierten Theorie, daß man den landarmen Bauern Land geben müsse. Sie will nicht die Abschaffung des Privateigentums, sondern eine gerechtere Verteilung desselben unter der Landbevölkerung. Diese antikomunistische Methode fand schon 1917 die schärfste Kritik durch Rosa Luxemburg.

Und die 5 Millionen Erwerbslosen, die jahrelang an die Parolen der KPD, glaubten und dafür auf die Straße gingen. Die nicht müde wurden im Rufen der KPD-Parolen, wie „Wir wollen Arbeit und Brot“. Die im Anfang des letzten Jahres es noch ernst nahmen, daß durch 40-Stunden-Woche, durch 7-Stunden-Tag, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht würden, doch sie haben schnell gelernt, daß sie für Illusionen gekämpft haben. Sie haben lernen müssen, daß die Schote der Fabriken nicht mehr rauchen, daß ihre Unterstützungszüsse weiter abge- „ant werde“, sie haben das Hoffen verlernt und stehen vorläufig resigniert beiseite.

Und die RGO? Dieser Gewerkschaftersatz? Sie hat keine Lohnkämpfe führen können. Doch wo sie die Notstandsarbeiter herausholte und den Kampf aufnahm, da brach der Streik nach wenigen Tagen erfolglos zusammen. Sie war trotz ihrer hunderttausende von Mitgliedern unfähig, den Kampf der Lohnsklaven zu führen. Die 3 Millionen, die im November und Dezember im Lohnstreik standen, sie kamen nicht einmal in Bewegung, ihr Lohn wurde dadurch, daß die Bourgeoisie jeden Lohnkampf durch gesetzliche Maßnahmen nicht zum Streikausbruch kommen läßt, abgebaut.

Und die neue, die vierte Notverordnung, die am 8. Dezember von Brüning verabschiedet wurde. Sie konnte deshalb, weil die KPD, die breite Masse jahrelang zum falschen Klassenbewußtsein erzogen hat, nicht durch den geintem Kampfwillen des Proletariats, durch den Massenstreik — der nur geführt werden kann durch die in den Betrieben errichteten Aktionsausschüsse und mit der Parole: „Sturz der kapitalistischen Gesellschaft“ — in den Orkus verschwinden.

Es ist kein Vergnügen, Rückschau zu halten, und bekennen zu müssen, daß die organisatorischen und ideologischen Vorbedingungen zum Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem im Proletariat noch nicht vorhanden sind.

nicht begreifen, daß man ihm seine Ruhe stört und fängt an zu murren und das ist bei seiner sonstigen sportgeistigen Stupidität nicht zu unterschätzen.

Von diesen Sportsparmaßnahmen werden selbstverständlich die weniger zahlungskräftigen Vereine, soweit sie in der Lage sind, öffentliche Anstalten und Plätze für die Ausübung ihres Sportbetriebes in Anspruch zu nehmen, am härtesten betroffen. Und unter diesen „beklagenswerten“ Opfern des undankbaren Staates befindet sich auch die Rot-Sportbewegung.

Zwar gibt sich die Leitung vom Roten Sport die allererdknischste Mühe, der Regierung und den Stadtverwaltungen deren verwerfliches Handeln an der Volksgesundheit klar zu machen. Aber sie sprachen in taube Ohren. Und ihren SPD-Freunden soll es (nach den Berichten in der Rot-Sport-Zeitung) ein besonderes Vergnügen sein, ihnen das Leben noch besonders schwer zu machen. Denn die SPD hat es der KPD, nun einmal schwer verübelt, daß sie überall eigene Sportvereine gründet.

Die KPD wiederum ist in tausend Engsten, ihre „revolutionären“ Sportler durch die Schikanen der SPD und die Sparrmaßnahmen des Staates zu verlieren. Denn da man ja bei der KPD keinen großen Wert darauf legt, daß revolutionäre Klassenbewußtsein des Arbeiters zu fördern, sondern vor allem Wert darauf legt, an sportlichen Leistungen den reformistischen und bürgerlichen Vereinen möglichst ebenbürtig gegenüber zu treten, ist die Gefahr sehr groß, bei der zum größten Teil unmarxistischen Ideologie der roten Sportler einen großen Teil derselben zu verlieren. Also kann man oben bei der Leitung darüber nach, wie man dem am besten Einhalt gebieten könne. Die KPD, deren Filiale trotz aller Beteuerung der „Überparteilichkeit“ die Rote-Sport-Bewegung doch ist, ist ja im Parolenschiedenen Meister und wußte sich auch hier zu helfen:

Da man ohne Sporthallen und Plätze wirklich nicht in der Lage ist, einen Sportverein zu erhalten, die erhöhten Gebühren für Hallen- und Platzbenutzung aber ein sehr fühlbarer Faktor sind, außerdem durch Schließung von Hallen usw. (Berlin und andere Städte sind Beweise dafür) noch so allerhand unangenehme Schwierigkeiten erwachsen, fordert die KPD, frischfröhlich ihre Sportvereine im Reiche auf, in der Praxis die Einheitsfront auf sportlichem Gebiete mit den bürgerlich-reformistischen Vereinen herzustellen. Ihre Aufforderung verlangt von den Vorständen ihrer Vereine, daß mit den bürgerlichen und reformistischen Sportvereinen Verbindung aufzunehmen ist, um zu erreichen, daß gemeinsame Fuß-, Hand- u. a. Spiele durchgeführt werden, eine gemeinsame Platzbenutzung und um überhaupt ein engeres Zusammenarbeiten zwischen bürgerlich-reformistischen Vereinen einerseits und Rot-Sport-Vereinen andererseits zu erreichen.

Dies alles nennt die KPD: Revolutionäre Aufklärungsarbeit am Proletariat.

So versucht sie den Schwierigkeiten im kapitalistischen Staate aus dem Wege zu gehen. Statt ihren Sportmännern ganz klar und eindeutig zu sagen, was los ist, die Sparrmaßnahmen der Regierung von revolutionären Gesichtspunkt aus zu beleuchten und von den Wegen zur Beseitigung des kapitalistischen Systems zu reden, spricht man von Volkshygiene und kulturellem Fortschritt und begibt sich damit in eine für Proletariat völlig undskutable Sphäre.

Wir als Spartakusbund haben zu diesem Thema ganz klar und deutlich zu sagen:

Solange das bürgerlich-kapitalistische System besteht, gibt es keine wirtschaftliche und politische Grundlage für die Ausübung des Sportes für die Arbeiterklasse; erst in der zu erkämpfenden sozialistischen Gesellschaft wird es uns Proletariern möglich sein, Sport auszuüben. Bis dahin aber heißt unsere Parole: Alle Kräfte eingesetzt zum Sturze des kapitalistischen Systems!

Der Mensch ist, was er ißt

Bevor der Schreiber dieser Zeilen erkannte, daß die Betreuung der Arbeiterklasse mehr eine Sache soziologischer und ökonomischer Natur, somit eine erkenntnistheoretische und keine gefühlsmäßige Angelegenheit, träumte er davon (wer hätte nicht davon geträumt), sehr, sehr reich zu werden. Dann wollte er (wie edel), in einer Stadt alle Arbeitslosen 14 Tage lang einladen, in sämtlichen Hotels, Stadthallen und dergleichen Festräumen, das luxuriöseste Leben zu leben. Die herrlichsten Meisterwerke der Musik und Dramaturgie sollten vor ihnen aufgeführt werden, die auslesensten Speisen ihnen gereicht werden, die edelsten Weine fließen. In den Polstern der Autos sollten sie von einem Bachanal (Festmahl) zum andern eilen dürfen. Schöne Frauen sollten vor ihnen tanzen — und am Schlusse der 14 Tage sollten überall revolutionäre Vorträge gehalten werden, die alle etwa in dem Schlusssatze gipfelten: „So könnt ihr es alle Tage haben, wenn ihr hilt den Kapitalismus beseitigen.“

Das sollte eine großartige Propagandawirkung haben. —

Etwas ähnliches soll es wohl in der griechischen Geschichte gegeben haben, im Kampf gegen die Perser. —

Das waren sehr dumme Phantastereien, die man aber deshalb nicht verachten darf, denn sie entsprangen revolutionärem Wollen. Inzwischen lernte er (der Schreiber dieses), die Wahrheit, daß zum revolutionären Wollen ein revolutionäres Wissen gehört —, daß zweitens er niemals reich werden wird, und daß, wenn er es könnte, höchstwahrscheinlich er nicht den Reichtum, sondern der Reichtum ihn bestimmen würde (die diese 14 Tage ausfüllen sollten) sind, um die es in der kommenden Auseinandersetzung Bourgeoisie-Proletariat geht, wenn sie auch einen recht wesentlichen Bestandteil ausmachen.

Es gilt den Fortschritt, die Höherorganisation der Menschheit, die Aufhebung des Kampfes aller gegen alle, der Ausbeutung der Menschen, den Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.



Aufruf!

Genossen, Leser und Interessenten des Spartakusbundes. Gewalt geht vor Recht! Alle demokratischen Mittel sind erschöpft, keine Phrasen geben mehr die Garantie eines vollen Durchschlages bei den hungernden Massen. Ausnahmeergesse allein können die mahnenden Stimmen der Vorhut des revolutionären Proletariats nicht ganz zum Schweigen bringen. Politische Morde, verfassungswidrige Inhaftierungen und hinterhältige Verschleppungen aktiver Teile des Proletariats sind an der Tagesordnung. Naturgemäß muß der Spartakusbund diesen faschistischen Methoden prozentual die schwersten und meisten Opfer bringen. Redaktion und Verlag sind unter Anklage gestellt, alle Spartakus verdächtigen Genossen wurden ihrer Existenz beraubt, sodaß kein Genosse mehr in staatlichen und kommunalen Betrieben geduldet wird. In den treuteutschen Krautjunkergeraden fängt man unsere Genossen und Genossinnen ab, verschleppt sie, ohne selbst den nächsten Angehörigen irgendwelche Nachricht zu kommen zu lassen. Es liegt demnach die Gefahr nahe, daß unsere Genossen und Genossinnen nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Sobortige Hilfe ist unbedingt zu senden. Jeder Aufschub ist ein Verbrechen. Der R. A. A. hat demzufolge sofort eine großzügige Unterstützungssaktion in Angriff genommen. Einheitliche Sammelstellen gehen allen Gruppen zu, resp. sind schon teilweise in Euren Händen. Alles Agitationsmaterial (noch vorhandene Zeitungsnummern etc.) ist durch Ueberdruck als „Zu Gunsten der Inhaftierten“ zu kennzeichnen und anzubieten. Zeitungsmaterial wird bei Bedarf — Versand zu Lasten des Empfängers — soweit Vorrat vorhanden, unentgeltlich zugesandt.

Trotz alledem! dem Sieg entgegen

R. A. A.

Die Bedeutung dieses Feuerbachschen Wortes ist eine weitreichendere als bei oberflächlicher Betrachtung scheint. Wie der Archäologe aus den angehäuften Ueberresten der Speisen der alten Dänen, dem sogenannten Kökknemjödinger, versteinerten Wällen auf Rügen, die Kultur jenes alten Volkes erstehen lassen können, so sind jeweils die Speisegewohnheiten eines Volkes mit ein Gradmesser für die Kulturhöhe desselben gewesen.

„Laßt uns“, sagt Heine in „Reise von München nach Genua“, die Franzosen preisen, — sie sorgen für die zwei größten Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft, für gutes Essen und bürgerliche Gleichheit, in der Kochkunst und in der Freiheit haben sie die größten Fortschritte gemacht, und wenn wir einst alle, als gleiche Gäste, das große Versöhnungsmahl halten und guter Dinge sind, — denn was gäbe es Besseres als eine Gesellschaft von Pairs an einem gutbesetzten Tische? — dann wollen wir den Franzosen den ersten Toast darbringen.

Es wird freilich noch einige Zeit dauern, bis dieses Fest gefeiert werden kann, bis die Emanzipation durchgesetzt sein wird, aber sie wird doch endlich kommen, diese Zeit, wir werden, versüßt und allgleich, um denselben Tisch sitzen. Wir sind dann vereint und kämpfen vereint gegen andere Weltfibel, vielleicht am Ende gar gegen den Tod — dessen ernstes Gleichheitssystem uns wenigstens nicht so sehr beleidigt wie die lachende Ungleichheitslehre des Aristokratismus.

Lächle nicht, später Leser. Jede Zeit glaubt, ihr Kampf sei vor allem der wichtigste. Dieses ist der eigentliche Glaube der Zeit, in diesem lebt sie und stirbt sie. Und auch wir wollen leben und sterben in dieser Freiheitsreligion, die vielleicht mehr den Namen Religion verdient als das hohle, ausgestorbene Seelengespenst, das wir noch so zu benennen pflegen. — Unser heiligster Kampf dünkt uns der wichtigste, wofür jemals auf dieser Erde gekämpft worden, obgleich historische Ahnung uns sagt, daß einst unsere Enkel auf diesen Kampf herabschauen werden, vielleicht mit demselben Gleichgültigkeitsgefühl, womit wir herabschauen auf den Kampf der ersten Menschen, die gegen ebenso gierige Ungetüme, Lindwürmer und Raubriesen, zu kämpfen hatten.

Heines Irrtümer sind hier nur chronologisch-ökonomische, seine bürgerliche Gleichheit war seinerzeit eine genau so gute Sache wie die Kochkunst. Diese beiden Dinge haben sich nur disproportional zu einander entwickelt. Je mehr die eine vor die Hunde ging, desto kultivierter wurde die andere.

Auch der amerikanische Schriftsteller Traven huldigt der französischen Küche, wenn er in seinem „Totenschiff“ einen Proleten scherzhaft-ernst erklären läßt, daß er sich für ein französisches Offiziersmahl dreimal am Tag erschießen ließe und daß er bis zur Einnahme eines solchen nur gegessen, jetzt aber „gespeist“ hätte.

Wenn also wir Proleten nach den Tafeln unserer Ausbeuter schielen, so ist das nicht nur „Neid der Besitzlosen“, sondern das Wissen, daß, mit je ausserlesenen Dingen die Menschheit ernährt, und je gesicherter diese Ernährung ist, die organische Zusammenstellung des Körpers, mithin des Gehirns eine andere, höhere wird, mithin die geistige Aufwärtsentwicklung gesichert ist. Denn — der Mensch ist, was er ißt.

Und warum ist das bei der Bourgeoisie nicht so? Warum bei üppiger Ernährung geistiger Verfall? Die Gründe sind zweifache Art. Einmal der, daß es nicht darauf ankommt, was der Mensch ißt, sondern auch wie er es isst.

Jack London schildert anschaulich in seiner „Eisernen Ferse“, wie nicht nur an den Luxusartikeln der Reichen sondern überhaupt an allen kapitalistisch hergestellten Waren, Arbeiterschweiß und Blut klebt. Aber an den Luxusartikeln besonders.

Nicht als ob der Bourgeoisie das bewußt würde. Nein, dazu ist sie über zu viel Leichen gekrochen.

Aber das dumpfe Grollen derer, die sich dieses Blut nicht mehr abzupfen lassen wollen, und das ist der liebe Konkurrenzverein mit der Tatsache, daß der Konkurrenzverein nicht jene Genüßfreude aufkommen, die notwendig ist, um für höhere Ziele der Menschheit u. dergl. Zeit zu haben.

(Fortsetzung folgt)

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Hier abtrennen

Bestellzettel

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1929.
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931
Bezugsgeid ist von mir zu erheben.

Name Ort u. Zustellungsposament

Straße u. Hausnummer

Nr. 4 * 7. Jahrgang
12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verleger: Paul Köllner, Rähnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite Februar-Nr. 1932
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Einzelnummer 15 Pf.
erscheint monatlich zweimal

Belagerungszustand im Dritten Reich

Als nach der Hessenwahl im vorigen Jahre das Boxheimer Morddokument erschien, da wiesen wir darauf hin, daß anstelle der bisherigen unendlichen Programme der wahren klassenmäßige Ausdruck der Hitlerbewegung in diesem Dokument gegeben sei.

Inzwischen hatte Frick in Thüringen durch seinen Machtapparat alles getan, um das Proletariat zu beherrschen, daß das dritte Reich der Inbegriff der schwärzesten Reaktion ist. Gleichzeitig hatte nach einer zehnjährigen Mitherschafft der Sozialdemokratie am bürgerlichen Klassenstaat in Braunschweig der Faschismus seinen Einzug im Ministerium nach der Reichstagswahl am 14. September 1930 gehalten.

Ihr Wunsch, den Polizeiapparat in ihre Hand zu bekommen, wurde ihnen durch das Bürgertum gern erfüllt. Die Bourgeoisie hatte selbst in diesem kleinen Lande erkannt, daß die Nationalsozialisten die letzten Stützen der kapitalistischen Herrschaft sind und daß sie die Mission zu erfüllen haben, selbst die schwächsten Erhebungen des Proletariats gegen die Hungerordnung im Blute zu erstickern.

Es ist Unsinn, Worte über Recht und Gerechtigkeit zu verlieren. Es entspricht dem Gang der Entwicklung, daß das Bürgertum in seinem Auflösungsprozeß keine Sentimentalitäten kennt und jeden ersten besten Dummkopf an die Macht läßt, um solange wie möglich die Macht zu behaupten.

Franzen und Klagges, das sind die besten Repräsentanten dieses Auflösungsprozesses in Braunschweig. Die Gummiknüppel, die Maschinengewehre und die Panzerautos hielten und halten sie für die besten Mittel ihrer Regierung. Bereits kurz nach dem 14. September 1930 brach die durch die sozialdemokratische Regierung künstlich erzeugte „Ruhe und Ordnung“ in sich zusammen. Das dritte Reich, ideologisch aufgebaut auf deutsches Volk und arische Rasse schalteten keine Volkseinheit (denn die gibt es ja bekanntlich nicht), vielmehr gaben sie dem wirtschaftlichen Klassengegensatz auch das politische Gepräge. War es das Verdienst der Sozialdemokratie, im Interesse der bürgerlichen Klasse die Klassenversöhnungspolitik im Proletariat ideologisch zu verankern, so haben bisher Franzen und Klagges alles versucht, um die Klassengegensätze aufeinanderprallen zu lassen. Jedoch nicht dazu, um das Proletariat zu in Klassenbewußtsein zu erziehen, als vielmehr von ihren schwerkapitalistischen Geldgebern als gute Regierungsfunktionäre anerkannt zu werden.

Auf die Februar- und Oktobertage 1930 folgte ein neuer Angriff auf die Arbeiterschaft. Bereits im Oktober hat die gesamte Arbeiterschaft in einem Massenstreik ihre Antipathie gegen die hitlerianischen Mordbanden demonstriert.

Durch diese geschlossene Einheit ist damals bewiesen, daß es unwahr ist, daß die Hitlerianer Proletariern massen hinter sich haben. Kleinbürgermassen, die immer Seite an Seite mit der Bourgeoisie marschieren, die bei jeder Gelegenheit gegen das Proletariat kämpfen, sind der Stoßtrupp der Hitlerischen „Massenbewegung“.

Es genügt natürlich den ausgehaltenen Mordbanden der Hitlerbewegung nicht, ihre Mordtaten episodisch zu beschränken. In Permanenz wollen sie die Arbeiterschaft einschüchtern, niederschlagen usw. Es gehört zum Beruf der Landsknechte, besonders bluttrinitig zu sein. Und dafür sind ihnen dort, wo ihre Bonzen in den Regierungsämtern sitzen, keine Beschränkungen auferlegt.

Auf den Bluttagen im Oktober folgte am 21. Jan. 32 eine neue Bluttat. Die Bürgersöhne sitzen nicht mehr wie 1918 im dunklen Keller (um einer menschlichen Gerechtigkeit durch die Arbeiter zu entgehen), auch lauern sie nicht nur des Nachts auf klassenbewußte Proletarier, um sie durch Revolverschüsse niederzuknallen, sondern sogar am helllichten Tage verüben sie ihre Bluttaten.

Am 21. Januar nachmittags 3 Uhr 50 Minuten erschienen an die 40 Nazis vor dem größten Betrieb Braunschweigs (Mag) und provozierten die Arbeiter. Kaum hatten die ersten ahnungslosen Arbeiter das Fabriktor verlassen, als auch schon von der Naziseite Schüsse fielen, die zwei Arbeiter verwundeten.

Unter solch ungewöhnlichen Umständen blieb eine gewisse Erregung unter der Arbeiterschaft nicht aus. Sie wurde noch gesteigert, als am anderen Tage die drei unparteiischen bürgerlichen Zeitungen, die nur noch Propagandablätter der Nazihorden sind, mit der unverfrorensten Frechheit behaupteten, daß die angeschossenen Arbeiter von ihren eigenen Kollegen angeschossen seien. Außer der bürgerlichen Presse manifestierte am anderen Morgen durch einen Vorbereitungsbericht an die Fabrik mit 200 Schupo, 50 Berittene und 2 Panzerautos unter den Klängen des „Deutschlandliedes ihre Bereitschaft gegen die „Mag“-Arbeiter, Provokationen über Provokationen. Am selbigen Abend belagerten wieder ungeheure, schwerbewaffnete Schupo-massen die Straßen zu den „Magwerken“ unter dem Vorwand die „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten.

Kaum daß die Arbeiter sich auf ihrem Nachhausewege verstreut hatten, fielen an der Spinnerstraße wieder Schüsse auf die Arbeiter, die von einem Nazihelden abgefangen wurden. Wie immer, fand auch diesmal die Polizei weiter nichts als eine scharfe Patrone. Die Behauptung des Schießhelden, er hätte nur eine Scheintodpatrone benutzt, genügte, um diesen Mordbanditen auf freiem Fuß zu lassen.

Nun war für die Polizei die Gelegenheit gegeben, ihren Nazimut gegen die Arbeiterschaft auszutoben. Gemeinsam mit den SS- und SA-Horden prügelte die Polizei des Abends die Proleten nieder. Es war eine Lust, Soldat des dritten Reichs zu sein. Der Gummiknüppel kam nicht zur Ruhe.

Der Naziterror nimmt täglich an Brutalität zu. Jeden Abend machen sie, mit Knüppeln und Waffen versehen, Ueberfälle auf Arbeiter. Am Sonntag, den 24. Januar 1932, besetzten sie das Verkehrslokal der KPD, sangen ihre Mordlieder und zogen unter dem Schutze der Polizei gemütlich nach Hause, um am Abend wieder ihre Ueberfälle am Proletariat, und ihre Schaulustereibrüche zu betätigen.

Der am 21. Januar 1932 angeschossene Arbeiter ist in der Sonabendnacht an seinen Verwundungen gestorben. Er war ein Reichsbannermann. Die Mordepidemie macht eben nicht nur Halt bei den Kommunisten. Selbst der geduldigste, der gesetzestromste, der im Reichsbanner für die Erhaltung der Kapitalisherrschaft kämpfende Mann, ist vor den Kugeln der hitlerischen Schießhelden nicht sicher.

Wiederum verließen die Arbeiter am Beerdigungstage die Betriebe um ihren Abscheu gegen die Mordbanditen und gegen die Naziregierung kundzutun. Lieder war es nur eine blutleere Demonstration. Zwischen hatte der Naziminister Klagges von dem „Volksfreund“, dem sozialdemokratischen Organ in Braunschweig laut Notverordnung zu drucken verlangt,

Reichskonferenz

Resolution des Spartakusbundes zu den Einigungsbestrebungen der marxistischen Räteorganisationen.

Der Spartakusbund erstrebt gemäß seinen Richtlinien den Zusammenschluß aller gleichgesinnten Organisationen.

Nie hat er sich dieser Aufgabe verschlossen, vielmehr alle Bestrebungen, welche auf eine Einigung resp. Kartellierung abzielen, mit Interesse beachtet und verfolgt.

Der Spartakusbund bejaht also grundsätzlich alle Bemühungen um Einigung des revolutionären Proletariats, lehnt aber jede Konzession an den Opportunismus und Reformismus, sowie Antimarxismus strikt ab. Der historische Begriff „Spartakusbund“ ist der Klassenbegriff des modernen Industrie- und Landproletariats.

Der Spartakusbund fühlt sich mit allen revolutionären Proletariern eng verbunden und ist bestrebt, das Proletariat zur Klassenkomplexion des „Spartakusbundes“ zu bringen. Darunter versteht der „Spartakusbund“ unter anderem die Loslösung des Proletariats aus vorrevolutionären Organisationsformen und Zusammenfassung in der wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation des „Spartakusbundes“ als den konsequentesten Ausdruck der revolutionären Räteorganisation.

In dieser Epoche der Todeskrise des internationalen kapitalistischen Systems, in der wir sind, bleibt der proletarischen Klasse bei Strafe ihres Untergangs in Barbarei kein anderer Weg als Sturz des kapitalistischen Systems und Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

In dieser Entscheidungsstunde mit der „Spartakusbund“ allen marxistischen Räteorganisationen und darüber hinaus dem internationalen Proletariat zu:

Erweitert und stärkt die Klassenorganisation des revolutionären Proletariats.

daß der Reichsbannermann nicht von einem Nazi erschossen wäre; sondern daß die Schüsse anscheinend von der Gegenseite abgegeben seien. Außerdem wurde durch Polizeimotorenordnung der Belagerungszustand verhängt. Das Stehenbleiben und das Hin- und Hergehen wurde verboten. Die Ueberfallkommandos bevölkerten die Straßen, beunruhigten und schlugen mit ihren Gummiknüppeln wahllos auf die Bevölkerung ein. Es war der Vorgesmack für den nächsten Tag, an dem der Reichsbannermann Meier beerdigt werden sollte.

Die gesetzestreue Sozialdemokratie hatte Klagges Aufforderung befolgt. Sie forderte die Arbeiterschaft auf, einzeln zu der Beerdigungsstätte zu gehen. Aus diesem Grunde erfolgte diesmal kein Demonstrationszug von den Betrieben aus. Auf beiden Bürgersteigen wälzte sich die Masse von 20-25 000 Arbeitern. Die Zugangsstraßen waren von der postierenden Polizei gesperrt. Am Morgen dieses Tages forderte die „Landeszeitung“, die Zeitung der „gebildeten Stände“, die heute in ihrer Hetze den Gobbelschen „Angriff“ übertrifft, die Schupo auf, daß sie nicht vergessen sollte, daß sie außer dem Gummiknüppel noch eine andere Waffe habe; und sie knüpfte die Bemerkung daran, daß die Schupo von ihrem Befehl (also eine Lockerung im Gebrauch der Waffen) Gebrauch machen sollte.

Die Bourgeoisie, die sich nicht genug über die Gottlosenbewegung in Rußland erüsten kann; maß auch diesmal, wie immer, mit zweierlei Maß. Der Friedhof, die Beerdigungsstätte, der geheiligte Boden